

II- 4513 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/64-Parl/88

Wien, 8. Juni 1988

Parlamentsdirektion

Parlament
1017 Wien

1983/AB

1988 -06- 16

zu 2068 J

Die schriftl. parl. Anfrage Nr. 2068/J-NR/88, betreffend nicht eingehaltene Zusage für eine 3. Assistentenstelle am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Innsbruck, die die Abg. Klara Motter und Genossen am 26. April 1988 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Das Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Innsbruck verfügte bereits zum Zeitpunkt der Ernennung des derzeitigen Ordinarius Prof. DDr. Waldemar Hummer über 2 Assistentenplanstellen. In den Berufungsverhandlungen im Jahr 1984 äußerte Prof. Hummer bereits den dringenden Wunsch nach einer zusätzlichen Assistentenplanstelle.

Dieser Wunsch wurde bereits damals vorgemerkt, jedoch von meinem Amtsvorgänger nicht realisiert.

ad 2)

Trotz der angespannten Stellenplansituation ist das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bemüht, dem genannten Institut während des nächsten akademischen Jahres die gewünschte Planstelle für einen Assistenten zuzuteilen.

Zur Zeit liegen Planstellenanträge anderer rechtswissenschaftlicher Fakultäten in bezug auf europäisches Recht auch von der Universität Linz und der Universität Wien vor.

ad 3)

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß eine Planstellenzuteilung auch im Stellenplan des Bundes ihre Bedeckbarkeit finden muß.

An der Universität Graz besteht die Absicht zur Einrichtung eines postgradualen Hochschullehrganges für Europarecht. In Verbindung damit ist die Errichtung eines Forschungsinstitutes vorgesehen.

ad 4)

Im Moment ist nicht abschätzbar, ob und in welchem Ausmaß zusätzliche Planstellen für diesen Bereich zur Verfügung gestellt werden können.

Es werden jedoch Überlegungen angestellt, durch die Schaffung von besonderen Universitätseinrichtungen für Europarecht, die auch von Gastprofessoren geleitet werden könnten, dem vermehrten Bedürfnis nach einer intensiveren Pflege des Faches Europarecht zu entsprechen.

Der Bundesminister:

